



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 23. Januar 2009
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1144
(0431) 988 1141
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

Kurzb e r i c h t

über die 64. Sitzung des Sozialausschusses

*am Donnerstag, dem 22. Januar 2009,
im Konferenzsaal des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss nahm Berichte der Landesregierung zu den Themen **Konjunkturpaket II Krankenhausinvestitionen** - und über die Bedeutung der Entscheidung des niedersächsischen Staatsgerichtshofs auf den **Maßregelvollzug in Schleswig-Holstein** und die Konsequenzen aus dieser Entscheidung für Schleswig-Holstein entgegen, an die sich jeweils Diskussionen anschlossen.

Bezüglich des Antrags der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **AKW Brunsbüttel wegen fehlenden Schutzes gegen Terrorattacken stilllegen**, Drucksache 16/2300, empfahl der Ausschuss mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Antrag abzulehnen.

Er empfahl dem Landtag sodann mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimme von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der FDP, den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend **Betreuungsassistentinnen und -assistenten für Demenz gemäß § 87 b SGB XI**, Drucksache 16/2265, abzulehnen. Außerdem vereinbarte der Ausschuss, sich in einem halben Jahr einen weiteren Erfahrungsbericht erstatten zu lassen.

Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Gesetzes zur Durchführung der Kriegsopferfürsorge**, Drucksache 16/2311, zur Annahme.

Abschließend zur Kenntnis nahm der Ausschuss den Bericht der Landesregierung, **Berichterstattung zur Praxisausführung des Gesundheitsdienstgesetzes**, Drucksache 16/2227, sowie **Internationaler Jugendaustausch/Jugendbegegnung**, Drucksache 16/2236.

Zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend **Frauenpolitik in Schleswig-Holstein**, Drucksache 16/1829 (neu), beschloss der Ausschuss, eine mündliche Anhörung durchzuführen. Als Termin dafür legte er Donnerstag, den 30. April 2009, 10:00 Uhr, fest.

Die Beschlüsse der 22. Veranstaltung „**Jugend im Landtag**“, Umdruck 16/3733, nahm der Ausschuss zur Kenntnis und überließ die Stellungnahme den Fraktionen.

Schluss: 16:40 Uhr

gez. Petra Tschanter